

Afghanistan - ein sicheres Herkunftsland?

In Kottgeisering wohnen derzeit auch zwei afghanische jugendliche Asylbewerber. Sie besuchen die 9. Klasse der Mittelschule in Türkenfeld und werden in diesem Jahr erfolgreich ihren Qualifizierten Hauptschulabschluss machen um anschließend eine Ausbildung zu beginnen.

Diese beiden afghanischen Jugendlichen befürchten, dass ihr Aufenthalt in Kottgeisering zeitlich sehr begrenzt sein wird, denn die Zahl der Asylbewerber*innen aus Afghanistan soll laut Bundesregierung deutlich reduziert werden. Unsere Regierung plant, Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Deutsche Soldaten und Polizisten hätten dazu beigetragen, Afghanistan sicherer zu machen, sagte Innenminister de Maizière. Zudem sei sehr viel Entwicklungshilfe dorthin geflossen und da könne man doch erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben und auch wieder dorthin zurückkehren.

Tatsache ist aber, dass die USA entschieden haben, die 9800 stationierten Soldaten in Afghanistan noch länger dort zu lassen. Ebenso macht Frau von der Leyen deutlich, dass eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes unabweichlich sei. Die Verbündeten Soldaten

sollten erst abgezogen werden, wenn es die Sicherheitslage erlaubt. Durch diese militärische Einschätzung wird sehr deutlich sichtbar, ein sicheres Herkunftsland ist Afghanistan nicht. Die Taliban sind nach wie vor stark wie lange nicht mehr. Al-Kaida ist ebenfalls nicht besiegt und der "Islamische Staat" versucht, seine Terrorherrschaft in Afghanistan auszubauen. Korruption, Raub und Erpressung mischen sich mit der Unfähigkeit und Willkür der Sicherheitskräfte Afghanistans. Viele Menschen des Landes haben noch nie Frieden erlebt und im Land herrscht Anarchie; es gibt beinahe täglich Anschläge mit vielen Toten und Verletzten. Der afghanische Minister für Flüchtlingsangelegenheit hat die deutschen Behörden bereits offiziell gebeten, keine afghanischen Asylsuchenden abzuschieben.

Auch unsere Asylbewerber aus anderen Herkunftsländern ängstigen sich vor einer Abschiebung. Die Integration unserer Jugendlichen wird dadurch erheblich erschwert. Die Verunsicherung, die sie durch die politischen Akteure erfahren, führt dazu, dass ihre Motivation zu Spracherwerb und Ausbildung entmutigt wird. Das erschwert den Jungs, hier anzukommen.